

Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung zu diesem Vorschlag.

Gleichzeitig danke ich dem Vorgänger an der Spitze des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, Herrn Staatsminister Dr. Marcel Huber, für seine kompetente Arbeit in diesem Ressort. Ich greife heraus: Seine herausragenden Leistungen bei der Hochwasserkatastrophe im vergangenen Jahr werden den Menschen in Bayern immer in Erinnerung bleiben.

(Beifall bei der CSU – Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Nun ist er Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister – das bleibt unverändert – für Bundesangelegenheiten und Sonderaufgaben.

(Inge Aures (SPD): Sauber!)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit der am 1. September dieses Jahres zurückgetretenen Staatsministerin Christine Haderthauer danken. Sie hat für den Freistaat Bayern und für die Menschen in diesem Lande in fünf Jahren als bayerische Sozialministerin und in knapp einem Jahr als Leiterin der Bayerischen Staatskanzlei vorzügliche Leistungen erbracht. Dafür ein "Vergelts Gott!"

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich dem Dank des Ministerpräsidenten an Frau Staatsministerin Haderthauer anschließen und ihr für das Hohe Haus sehr herzlich danken für das, was sie für Bayern, für das Land und auch darüber hinaus geleistet hat.

Ebenso darf ich einen ganz herzlichen Glückwunsch zur Berufung des Herrn Staatsministers Marcel Huber aussprechen. Er leitet nun die Bayerische Staatskanzlei, eine Wirkungsstätte, wo er schon einmal gewesen ist, mit all dem, was damit noch verbunden ist. Wir kennen Ihre Zuverlässigkeit, und wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute für Sie!

(Beifall bei der CSU – Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass wir jetzt zur Aussprache kommen, und haben sich auf eine Redezeit von 10 Minuten pro Fraktion geeinigt.

Als Erstem darf ich Herrn Kollegen Rinderspacher für die SPD das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident hat heute den fünften Staatskanzleiminister und die dritte Umweltministerin innerhalb von sechs Jahren benannt. Ein Staatskanzleiminister in der Regierung von Horst Seehofer war bislang durchschnittlich 480 Tage im Amt. Kein Bayerischer Ministerpräsident vor Horst Seehofer und keine andere Landesregierung in der Bundesrepublik Deutschland hat in so kurzer Zeit so viele Staatskanzleiminister verschlissen wie Herr Seehofer. Die Diskontinuität ist das einzig Kontinuierliche an der Politik dieses Ministerpräsidenten. Das war so, das ist so, und das bleibt so.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Eine Nachbesetzung der Stelle von Frau Haderthauer wäre aus unserer Sicht nicht notwendig gewesen. Ihre Aufgaben hätten ohne Weiteres auch einem anderen Ressort zugeschlagen werden können. Tatsächlich gibt es jetzt eine Doppelspitze mit zwei Ministerinnen in der Staatskanzlei. Das gibt es sonst nirgendwo, in keinem anderen Bundesland.

Und noch eine Bemerkung: Es gab Zeiten, da war auch in Bayern die Spitze der Staatskanzlei lediglich mit einem Staatssekretär besetzt. So funktioniert es auch bis heute in einer Reihe von anderen Bundesländern.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

Meine Damen und Herren, Marcel Huber war bereits einmal für 275 Tage Chef der Staatskanzlei. Wir wünschen Ihnen, Herr Huber, ein glückliches Händchen. Wir trauen Ihnen zu, dass Sie dieses Amt gewissenhaft ausüben, und wir wünschen Ihnen viel Erfolg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Wir formulieren aber auch ein klares Anforderungsprofil, dem Ihre Vorgänger nicht immer genügten. Leider verstand Herr Seehofer die Staatskanzlei in den letzten Jahren entgegen anderslautenden Bekundungen häufig als zweite CSU-Parteizentrale. Immer wieder war die Staatskanzlei in fragwürdige Vorgehensweisen verstrickt. Siegfried Schneider hatte Umfragen auf Kosten des Steuerzahlers zum Nutzen der CSU in Auftrag gegeben. Wir haben alle noch die Tipps der Demoskopien in lebendiger Erinnerung, wie die CSU in der Regierung die FDP als politischen Gegner zu bekämpfen habe. Herr Kreuzer hatte 2013 vorgege-

ben, die Verwandtschaftsaffäre innerhalb des Kabinetts Seehofer detailliert und gewissenhaft überprüft und untersucht zu haben, und wie schon bei seinem Vorgänger brauchte es den Bayerischen Verfassungsgerichtshof, um aufzudecken, dass diese Untersuchung nur vorgetäuscht war. Auch hier wieder das Gleiche: offensichtlich ein politisches Ablenkungsmanöver innerhalb des Landtagswahlkampfes.

Frau Haderthauer ist bereits angeschlagen ins Amt gekommen. Die wesentlichen Details zur sogenannten Modellauto-Affäre waren bereits im Herbst 2013 veröffentlicht und bekannt und politisch zu bewerten. Der Ministerpräsident hat dennoch von einer Berufung ins Kabinett nicht abgesehen – ein folgenreicher Fehler, wie er heute einräumen muss.

Wir fordern auch hier und heute, dass der Bayerische Verfassungsgerichtshof die Staatskanzlei nicht alle 16, 18 Monate bei verfassungswidrigem Verhalten erwischt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir bauen da auf Sie, Herr Huber, und wir sagen noch einmal: Sie werden dieses Amt sicher gewissenhaft ausüben.

(Beifall bei der SPD)

Neben der Nichtbesetzung hätte es auch eine zweite konsequente Möglichkeit der Erneuerung gegeben, nämlich eine größere Kabinettsumbildung. Zahlreiche Mitglieder dieses Kabinetts sind bereits nach elf Monaten in dieser Legislaturperiode angezählt, einige infolge der Verwandtschaftsaffäre – diese soll heute hier kein Thema sein –, andere aus inhaltlichen Gründen: Herr Spaenle wurde von der Opposition erwischt, wie er mehr als 800 Lehrerstellen heimlich, still und leise streichen wollte. Frau Merk hängt noch immer die Affäre Mollath in den Kleidern. Herr Eck verantwortet die Kostenexplosion beim Digitalfunk. Frau Aigner kommt bei der Energiewende nicht wirklich aus den Startlöchern. – Meine Damen und Herren, nach diesem verkorksten Start in die Legislaturperiode und einem verlorenen ersten Jahr für den Freistaat Bayern wäre ein Neuanfang wirklich wünschenswert gewesen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ein großes Fragezeichen steht zunächst hinter der Ernennung von Frau Scharf als Umweltministerin. Nicht nur die bayerische Öffentlichkeit war verwundert, auch viele Kolleginnen und Kollegen aus der CSU-Fraktion waren sichtlich irritiert und haben ihre Irritation auch in den Medien öffentlich kundgetan.

(Zurufe von der CSU)

– Wollen Sie die Zitate?

(Zurufe von der CSU: Ja!)

Tatsächlich ist Frau Scharf bislang nicht durch umweltpolitische Initiativen, durch größeres Interesse an der Materie oder durch besonderes Know-how diesbezüglich aufgefallen. – In Umwelt- und Klimaschutz – ich hoffe, es ist nicht unhöflich, wenn ich das so formuliere –, ist sie bislang ein völlig unbeschriebenes Blatt. Meine Damen und Herren, wie müssen sich eigentlich jene Experten in der CSU-Fraktion vorkommen, die das Thema Umwelt- und Klimaschutz seit Jahren bearbeiten und jetzt ohne Not übergangen werden? Ich hätte mir im Übrigen auch vorstellen können, dass man auf einen Fachmann aus dem Deutschen Bundestag aus Ihren Reihen zurückgreift, auf den CSU-Umweltexperten Josef Göppel. Dieser anerkannte Experte war schon für den Atomausstieg, als die CSU davon noch überhaupt keine Ahnung hatte, und ist zum Beispiel auch ein ausgewiesener Kritiker der Abstandsflächen zur Windenergie hier in Bayern. Das wäre ein unabhängiger Kopf gewesen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der CSU-Umweltexperte Göppel kam aber aus mehreren Gründen nicht infrage: Er ist erstens zu unbequem; Herr Seehofer umgibt sich lieber mit Ja-Sagern. Er ist zweitens männlich. Er ist drittens Mittelfranke und nicht Oberbayer. Es gibt noch ein weiteres Kriterium: Der Ministerpräsident legt bekanntlich großen Wert darauf, dass die Fachexpertise, die Lebensweisheit und die Reife der über 60-Jährigen in seinem Kabinett nicht vorkommen. Auch das war ein Ausschlusskriterium; wir erinnern uns noch an die altersbedingte Entlassungswelle in der letzten Legislaturperiode mit Herrn Huber, Herrn Göppel, Herrn Bernhard, Herrn Sinner, Herrn Miller, Frau Stewens und anderen. – Meine Damen und Herren, dieser Ministerpräsident wählt sein politisches Spitzenpersonal offensichtlich anhand vieler sachfremder Kriterien. Das ist nicht gut für Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten uns auch vorstellen können, dass gerade im Umweltministerium eben nicht das Parteibuch oder der Regionalproporz die zentrale Rolle spielen, sondern dass die Position im Zweifelsfall mit einem Experten ohne CSU-Parteibuch besetzt wird.

Frau Scharf, zu Ihren vordringlichsten Aufgaben als neue Umweltministerin wird gehören, die Klimaziele in Bayern zu erhöhen, die Feinstaubbelastung in den Städten zu reduzieren, den Flächenfraß zu bremsen und die Bahn und den ÖPNV dabei zu

unterstützen, auf umweltfreundliche Antriebe umzustellen. Bei aller Sympathie und Wertschätzung für Ihren Vorgänger: Er hat Ihnen hier einige offene Baustellen hinterlassen.

Meine Damen und Herren, für die neue Regierung wird sich als echtes Problem herausstellen, dass die neue Umweltministerin als örtliche Abgeordnete die dritte Startbahn am Münchner Flughafen ablehnt. Wir haben also eine Regierung, die mit zwei Stimmen spricht: Frau Aigner als Wirtschaftsministerin sagt im Kabinett: Ja, wir brauchen die Startbahn. Die Umweltministerin sagt: Nein, Ilse, so geht das nicht, wir benötigen sie auf keinen Fall.

Meine Damen und Herren, wir stehen für alles und für nichts. Das wird nun auch offiziell zum obersten Prinzip dieser Staatsregierung erhoben. Die CSU ist dafür und dagegen zugleich. Beim Thema Flughafen wird das künftig sowohl die Wirtschaft als auch die Umweltverbände verunsichern, verärgern und gegen Sie aufbringen. Sie setzen sich damit politisch zwischen alle Stühle. Parteipolitisch soll uns das recht sein, aber eine in sich konsistente Politik für Bayern ist das gewiss nicht.

(Beifall bei der SPD)

So schaffen Sie mit jedem Tag, Herr Ministerpräsident, für Ihren Nachfolger weitere Probleme und offene Baustellen. Ihr Nachfolger wird sehr viele Aufräumarbeiten zu bewerkstelligen haben, und bis dahin vergeht wertvolle Zeit. Für Bayern kann das nicht gut sein.

Für Sie, Frau Scharf, gilt selbstverständlich die parlamentarische Einarbeitungszeit von 100 Tagen, die sogenannte Schonfrist. Nehmen Sie sich die Zeit! Ich meine das auch sehr ernst; denn ein fulminanter Medienstart zu Beginn eines Amtsantrittes deutet nicht immer auf eine tatsächliche exekutive Tatkraft hin, wie wir das bei Frau Müller gesehen haben. Sie hatte bereits beim Amtsantritt Sofortmaßnahmen, Kapazitätserweiterungen für die bayerischen Flüchtlingsunterkünfte angekündigt. Es war damals von November, Dezember 2013 die Rede. Mittlerweile haben wir September 2014, und dem guten Medienstart ist kein Regierungshandeln gefolgt.

(Zuruf von der CSU: Das ist eine Frechheit! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Unverschämt!)

Wir wünschen Ihnen Frau Scharf, ein glücklicheres Händchen, als es den anderen Kabinettsmitgliedern zuletzt vergönnt war. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Für die CSU-Fraktion darf ich jetzt dem Herrn Kollegen Kreuzer das Wort erteilen. Bitte schön.

**Thomas Kreuzer (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Herr Rinderspacher, der Beitrag war derart unterirdisch, dass es einem schwer fällt, darauf zu antworten. Dies will ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe in diesem Haus bereits viele Besetzungen im Kabinett erlebt, aber so etwas habe ich noch nie gehört. Ihre Rede zeigt den vollkommenen Verfall der Opposition unter moralischen Gesichtspunkten.

(Beifall bei der CSU)

Sie wissen langsam nicht mehr, was Diskussionen zur Sache sind, sondern es geht Ihnen nur darum, Personen schlechtzureden und "herunterzumeiern", meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Dummes Zeug ist das!)

Und dann ist alles widersprüchlich. Zunächst bedauern Sie, dass der Staatskanzleichef so oft gewechselt hat, das sei nicht gut für das Land. Anschließend sagen Sie, die Position sei überhaupt nicht notwendig, man müsste sie gar nicht mehr besetzen. Ihnen fällt nicht einmal auf, dass es nicht zusammenpasst, wenn man zunächst sagt: Die Aufgabe kann wegen häufiger Wechsel nicht erfüllt werden, sie ist wichtig für das Land, aber man braucht sie eigentlich überhaupt nicht. Das zieht sich durch Ihre Ausführungen, und dies zeugt von dem messerscharfen Verstand, mit dem Sie die Dinge analysieren und insgesamt auch Politik machen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Der Minister in der Staatskanzlei hat eine Schlüsselposition in Bayern, auch in der Koordination mit Berlin – er ist ja auch dort zuständig. Er muss mit den Fraktionen den Kontakt halten. Sie haben bedauert, dass das bisher nicht so der Fall gewesen sei. Sie wollen dies in Zukunft besser, also benötigen Sie den Staatskanzleiminister auch dazu. Er hat eine wichtige Schlüsselfunktion in diesem Land.

Und Sie kritisieren, es seien zwei Minister. Wahrscheinlich haben Sie die Geschäftsverteilung in der Staatskanzlei noch nie angesehen. Eine Ministerin ist für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen zuständig. Früher, meine Damen und Herren, hatten wir hierfür ein eigenes Ministerium. Das will ich